

KAMPF UMS BLAUE GOLD

*WASSER IST NICHT NUR EIN ÖKONOMISCHES, SONDERN AUCH
EIN SOZIALES UND ÖKOLOGISCHES GUT*

*THOMAS KLUGE ÜBER LÖSUNGSMODELLE FÜR DIE
WELTWASSERKRISE*

INSTITUT FÜR SOZIAL-ÖKOLOGISCHE
FORSCHUNG (ISOE), 2003

KAMPF UMS BLAUE GOLD

TABLE OF CONTENTS

LÖSUNG DER WELTWASSERKRISE 2

ARMUTSKENNZEICHEN 3

PRIVATISIERUNG VON WASSER 6

EINE HAND VOLL MULTIS 9

MISSMANAGEMENT 13

LÖSUNG DER WELTWASSERKRISE

Täglich sterben 6000 Menschen weltweit, weil sie keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Um dies ins Bewusstsein zu rücken und um effizientere Mittel zur Lösung der Weltwasserkrise zu entwickeln, hat die Unesco 2003 zum Jahr des Süßwassers erklärt. Thomas Kluge vom Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) hat in einer Analyse Ursachen und Lösungsansätze beschrieben. Wir dokumentieren seinen Text im Wortlaut.

Die UN haben für 2003 das Jahr des Süßwassers ausgerufen. In Kyoto fand Ende März das Dritte Weltwasserforum "From Vision to Action" statt. Die Sorge um das Wasser beschäftigt eine Vielzahl internationaler Akteure aus Wissenschaft, Politik, NGO, internationalen Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, die um richtige Antworten streiten.

Im 20. Jahrhundert hat sich der Verbrauch von Süßwasser von 300 m³ pro Jahr um die Jahrhundertwende auf 3940 m³ (Unep 2002) erhöht, wobei heute 70 % des Wassers weltweit für Bewässerungsmaßnahmen in der Landwirtschaft aufgewendet, 20 % in der Industrie und etwa 10 % in den Haushalten verbraucht werden.

Wo die Armut besonders hervorsticht, ist oft auch der Wasserstress besonders groß. Die Bevölkerung hat nur unzureichend Zugang zu sauberem Trinkwasser, die Wasserqualität ist schlecht. Das zieht Krankheiten wie Malaria, Typhus, Diarrhöe oder auch Bilharziose nach sich. Insgesamt sterben jährlich 5 Millionen Menschen an wasserbürtigen Krankheiten. Derzeit fehlt 1,1 Milliarden Menschen der Zugang zu einer Versorgung mit sauberem Frischwasser und 2,4 Milliarden Menschen der Zugang zur Abwasserentsorgung. Stets sind diejenigen ohne angemessene und erschwingliche Wasserversorgung auch die Ärmsten in der Gesellschaft.

KAMPF UMS BLAUE GOLD

ARMUTSKENNZEICHEN

In den Slums der Mega-Citys sind z. B. gemeinsam benutzte Toiletten und Grubenlatrinen oft schlecht gewartet und in Stand gehalten. "Für Kinder sind sie nicht einfach zu benutzen, und eine arme Familie kann sich die Kosten für ihre Benutzung möglicherweise nicht leisten. Viele Bewohner urbaner Gebiete verrichten deshalb ihre Notdurft gezwungenermaßen im Freien oder in eine Tüte oder eine Verpackung, die anschließend weggeworfen wird", heißt es in einem aktuellen Bericht der Unesco. Auf dem Weltgipfel in Johannesburg und dem Weltwasser-Forum in Kyoto wurde daher beschlossen, die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Anlagen haben, bis 2015 zu halbieren.

Die Linderung der Wasserkrise ist auch ein Schlüssel zur Bekämpfung der Armut: Unter den Menschen ohne Zugang zu sauberem Wasser leiden 800 Millionen Menschen täglich Hunger. Andere Armutskennzeichen sind geringe Lebenserwartung (weniger als 60 Jahre) und hohes Analphabetentum. Um die Zielvorgaben Johannesburgs zu erreichen, müssen bis zum Jahr 2015 jeden Tag 342 000 Menschen z. B. an die Abwasserentsorgung angeschlossen werden. In den letzten Jahren wurden zur Linderung der Wasserkrise viele Zielvorgaben festgelegt und Maßnahmen eingeleitet, die jedoch allesamt nicht die notwendigen Ergebnisse erbracht haben.

Der benötigte jährliche Investitionsbedarf wird von der Weltbank auf bis zu 180 Milliarden Dollar geschätzt, wobei derzeit jährlich etwa 60 bis 70 Milliarden Dollar investiert werden. Somit fehlt jährlich ein Kapitalvolumen von zirka 100 Milliarden US-Dollar. Diese Investitionslücke versucht man im Implementierungsplan der Johannesburg-Beschlüsse über mehrere Strategien abzufangen: über internationale Finanzierungshilfen, über eine Effizienzsteigerung der Wasserver- und -entsorgung, durch Erhöhung der Kostendeckungsbeiträge und Marktinstrumente und durch Strategien der Privatisierung (public private partnerships or other forms of partnerships).

Daran wird deutlich, dass die jüngst ergangenen Johannesburg- und Kyoto-Beschlüsse grundsätzlich von einer Ökonomisierung des Wassers ausgehen, also von dem Gedanken, dass man nur dann etwas für die Armen erreicht, wenn für Wasserbereitstellung und für Abwasserentsorgung kostendeckend gezahlt wird.

Hinter dieser Beschlusslage steht, dass die internationalen Geldgeberinstitutionen wie internationaler Währungsfonds und Weltbank sowie die Mechanismen der Welt-

KAMPF UMS BLAUE GOLD

handelsorganisation WTO einem "konventionellen Entwicklungsparadigma" (so der Nachhaltigkeitsforscher Raskin) verhaftet sind. Dieses konventionelle Entwicklungsparadigma basiert auf dem so genannten Washington-Konsens, nach dem die Freisetzung der Marktkräfte wirtschaftliches Wachstum und die Liberalisierung des Handels (Markterweiterung) die Triebfeder für mehr Umweltschutz, Entwicklung und Wohlstand seien. Die Einbeziehung der Privatwirtschaft sei Garant für mehr Innovation. Hinter diesen Maximen des Washington-Konsenses steht eine Politik der Schulden- und Defizitverringerung sowie der Ausgabenkürzung bei öffentlichen Infrastrukturen.

Mit den zu Beginn der neunziger Jahre weltweit einsetzenden Privatisierungen im Wassersektor sollen gegenüber einer reinen "Unterstützungspolitik" Vorteile realisiert werden, da Privatbetreiber gegenüber öffentlichen Unternehmen über mehr Effizienz, Kostenbewusstsein und einen leichteren Zugang zu investivem Kapital verfügen sollen.

Der wissenschaftliche Beirat des deutschen Entwicklungshilfeministeriums empfahl daher zur Strukturreform des Wassersektors in der Entwicklungszusammenarbeit: Vor allem für ärmere Länder könne ein stärkerer Einbezug des privaten Sektors attraktiv sein. Durch den Zugang zum privaten Kapitalmarkt würden einerseits zusätzlich Investitionen in mehr und bessere Wasserversorgungssysteme möglich. Zugleich sei eine Entlastung öffentlicher Haushalte in dem Sinne möglich, dass bisher für die Subventionierung von Wasseranbietern und Nachfragern bereitgestellte Mittel anderweitig verwendet werden könnten.

Der Rückblick auf die nun fast zehn Jahre währende Geschichte der Privatisierung im Wassersektor zeigt neben einigen gelungenen Privatisierungen allerdings im Ergebnis erhebliche Schäden, Irritationen und soziale Verwerfungen (überhöhte Preise, Marginalisierung der Armen), so z. B. in Cochabamba, Buenos Aires und Tucuman. Überdies sind diese Privatisierungen mit Blick auf Dritte-Welt-Länder besonders dort forciert worden, wo schwache administrative Strukturen vorhanden waren. Daraus kann man mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft erst einmal den Schluss ziehen, "dass ökonomische Prozesse der Globalisierung schneller voranschreiten als die Gestaltung eines ordnungspolitischen Rahmens durch internationale Politik, die Weiterentwicklung internationalen Rechts".

PRIVATISIERUNG VON WASSER

Der fehlende regulative Ordnungsrahmen für Privatisierungen betrifft weltweit (und auch in Deutschland) zunächst die mit Wasser befassten Institutionen, ihre Handlungskompetenz und Kontrollfähigkeit. Im Falle einer Privatisierung müssten eigentlich Wasserqualität, Preise, Gebühren und Investitionen überprüfbar sein. Wann und unter welchen Bedingungen werden z. B. unterversorgte Stadtteile an Frischwasser und Kanalisation angeschlossen? Vor allem für arme Länder mit schwachen Verwaltungskompetenzen müssten nach Ansicht zahlreicher Experten "technische Assistenz und unabhängige Vertragsprüfung Standard werden".

Weitere Herausforderungen für ein Regulationsregime bei Wasserprivatisierung sind die Sicherung des Grundbedarfs an Wasser für die Armen in periurbanen Stadtgebieten (Subventionierung bzw. kostenlose Bereitstellung eines Minimalangebotes), die Wasserversorgung in ländlichen Gebieten und die Bestimmung der Wassermenge, die in den Ökosystemen verbleiben muss. Außerdem müsste ein effizienterer Umgang mit Wasser erreicht und die Wasserproduktivität gesteigert werden. Ist aber eine Steuerung der Nachfrage über die Steigerung der Wasserproduktivität ökonomisch für Investoren von Interesse? Wie ist es mit der Beteiligung der von Wasserentscheidung Betroffenen?

Offenheit und Transparenz sind aus meiner Sicht notwendige Bedingungen für öffentliche Betriebe wie für Unternehmensformen mit privaten Beteiligungen, aber nicht nur als symbolische Akte, sondern als regulatorische Voraussetzungen. Nur die Offenlegung von Preisgestaltung, Kosten und Investitionen beendet das rein auf betriebswirtschaftliches Kalkül ausgerichtete Handeln. Hier werden die Versäumnisse der Vergangenheit offensichtlich: Privatisierung geht nicht ohne eine Reform der Institutionen, also ohne Stärkung ihrer Kontrollfunktion und damit auch nicht ohne Stärkung des öffentlichen Sektors und der Öffentlichkeitsbeteiligung. Diese Regulatorianforderungen sind gleichsam die andere Seite einer Privatisierung, beides gehört zusammen wie siamesische Zwillinge. Die jeweils erforderliche Regulation ist notwendig, nicht - wie immer wieder in diesem Zusammenhang gehört - eine Deregulierung.

Wasserprivatisierung ist aber in den Augen vieler NGO der grundsätzlich falsche Weg. Wasser sei ein öffentliches Gut in öffentlicher Kontrolle und werde durch die

KAMPF UMS BLAUE GOLD

globalen Handelsinstitutionen zur Ware, zum Handelsgut. Beispielsweise schreiben Barlow und Clarke in ihrem Buch Blaues Gold: "So reißt eine Hand voll internationaler Konzerne mit Unterstützung von Weltbank und IWF die Kontrolle der öffentlichen Wasserversorgung an sich und treibt den Wasserpreis drastisch in die Höhe."

Handelsliberalisierung, Wirtschaftswachstum und Strukturanpassung sind die Stichworte der gegenwärtigen globalen Absicherung von Privatisierungsprozessen. Wie verhält es sich mit den multilateralen Umweltabkommen, die im Gefolge der Rio-Konferenz zwischen vielen Ländern abgeschlossen wurden? Viele basieren z. B. auf dem "Vorsorgeprinzip", nach dem bereits der begründete Verdacht ausreicht, um vorbeugende Maßnahmen zum Schutz von Umwelt und Gesundheit einzuleiten. Nach WTO-Prinzipien dagegen sollen "handelsbeschränkende Maßnahmen" nur auf Grundlage wissenschaftlich gesicherter Fakten möglich sein (und eben nicht auf Basis eines begründeten Verdachts). Die WTO-Mechanismen können so internationale Umweltabkommen verdrängen.

Auch wenn in Johannesburg ein Kompromiss ausgehandelt wurde, der die "Integrität" beider Systeme (hier: Freihandel/Vorsorgeprinzip) enthält, wird die Entwicklung durch den WTO-Mechanismus des GATS (General Agreement on Trade in Services) negativ beschleunigt. Dieses Unterabkommen GATS der WTO ist so angelegt, dass es den Staaten offen steht, nach und nach jegliche staatliche Dienstleistungen - und damit auch die Wasserdienstleistungen - dem freien internationalen Markt zu öffnen. Hier steht zu befürchten, dass Umweltstandards bzw. entsprechende Investitionsauflagen so den internationalen Strukturen angepasst werden, dass sie dadurch verwässert oder ganz verloren gehen. Gegenüber diesen merkantilen Entgrenzungen ohne Einbettung in politische Reformen und ohne Instanzen der Regulation ist Skepsis und Wachsamkeit angesagt.

Die Mehrheit der NGO lehnt jede Art der Privatisierung ab. Plastisch bringt dies die Inderin Vandana Shiva auf den Punkt: "Privatisierung der Wasserversorgung... ist eine Form von Terrorismus. In ökologischem Kontext der Kriege um Wasser sitzen die Terroristen nicht mehr in den Höhlen Afghanistans. Einige verstecken sich in den Aufsichtsräten der Konzerne und hinter den Freihandelsregeln der Weltorganisationen..." Damit sieht sich die Mehrheit der NGO auch in fundamentaler Opposition gegenüber dem Washington-Konsens. Beispielsweise Barlow und Clarke: "Die globalen Handelsinstitutionen verschaffen den multinationalen Konzernen in nie dagewesenem Maße Zugang zu den Süßwasserressourcen.... Wir glauben, dass das Süßwasser der Erde und allen Lebewesen gehört und niemand das Recht hat, es sich für seine Zwecke anzueignen. Wasser gehört zum Welterbe (global commons) und

KAMPF UMS BLAUE GOLD

muss von der öffentlichen Hand für alle Zeiten bewahrt werden und durch strikt regionale, nationale und internationale Gesetze gewährleistet werden. Bislang gilt Wasser bei den internationalen Geberinstitutionen nur als ein "menschliches Bedürfnis".

Die internationale rechtliche Anerkennung des Wassers als "global common" steht aus. Am 26. November 2002 hat das UN-Komitee für ökonomische, kulturelle und soziale Rechte allerdings den ungehinderten Zugang zu Wasser als ein Menschenrecht deklariert, denn Wasser ist nach seiner Meinung in erster Linie ein soziales und kulturelles Gut, von Wasser als einer "economical commodity" (Handelsware) streng zu unterscheiden.

Erst im Menschenrecht auf Wasser ist aufgehoben, dass Wasser nicht nur ökonomisches Gut, sondern eben auch ein soziales und ökologisches ist. Die materielle Durchsetzung eines solchen Menschenrechts bedürfte der Einrichtung eines Weltwasserfonds und international abgesicherter Vollzugskontrolle. Die Anerkennung des Menschenrechts auf Wasser könnte neben einer kontrollierten Privatisierung ein zweites internationales und global ausgerichtetes, eigenständiges System zur Linderung der Weltwasserkrise etablieren helfen.

KAMPF UMS BLAUE GOLD

EINE HAND VOLL MULTIS

Im Johannesburger "Plan of Implementation" ist die Rede davon, dass die Verantwortung der Unternehmen (Corporate Responsibility and Accountability) durch die Entwicklung zwischenstaatlicher Abkommen und internationaler Initiativen gefördert werden sollte. Hier wäre derzeit ein wichtiger Anknüpfungspunkt für Reformkonzepte und die Initiierung von Regulationsregimes. Bei der Mehrzahl der NGO und Globalisierungskritiker wird jedoch ein doppeltes Vorgehen abgelehnt, das ebenso ein Menschenrecht auf Wasser durchzusetzen versucht wie einen offensiven Dialog zur Regulation der Privatisierung führt.

Stattdessen wird einem politischen Manichäismus das Wort geredet. Ausschließlich das Wasser in öffentlichen Händen könne zu guten Lösungen führen (so exemplarisch: Barlow/Clarke). Die Privatisierung des Wassers, in welcher Form auch immer, sei Bereicherung und diene nur der Profitgier einer Hand voll Multis, die sich überdies der Weltbank und der WTO bedienen. Solche Schablonen schränken den Spielraum für Lösungen ein und erzeugen Blockaden in der Kommunikation. Sie machen den längst überfälligen Einstieg in die Neuordnung der Wasserpolitik praktisch unmöglich; sie versperrern überdies den Blick darauf, dass auch öffentliche Unternehmen als Träger der Wasserversorgung der Regulation bedürfen. Dies gilt insbesondere mit Blick auf marode Wasserversorgungen in so genannten Entwicklungsländern.

Die alleinige Fixierung auf eine generell abzulehnende Privatisierung verstellt aber nicht nur den Blick auf die Notwendigkeit von Regulationsregimes und darauf, die Wasserunternehmen konkreter in die Verantwortung zu nehmen. Es geht auch der Blick für Reformen der Wasserinfrastrukturen selbst verloren. Sie sind notwendig, spielen in den aktuellen Diskussionen zur Lösung der Wasserkrise aber keine Rolle.

Großstaudamm-Anlagen, Flussumleitungen und andere großtechnische Anlagen haben sich in vielen Regionen der Welt als technische Irrwege erwiesen, ebenso die Ausbeutung großer tief liegender Grundwassersysteme. So wird aus Tiefbrunnen z. B. im riesigen Ogallala-Aquifer in den USA (bis 400m), in Indien, in China (hier bis 500m), Saudi-Arabien, Wasser gepumpt und zur Bewässerung der landwirtschaftlichen Flächen bzw. zur Versorgung der Städte bis zur Erschöpfung der Brunnen eingesetzt. Auf den landwirtschaftlichen Bewässerungsflächen entstehen zudem in trockenen Gebieten Versalzungen - durch starke Verdunstung kristallisieren erdige-

KAMPF UMS BLAUE GOLD

bundene Minerale an der Oberfläche aus -, die man wiederum nur mit sehr viel Wasser abschwemmen kann. Die Pfad-Abhängigkeiten dieser Technologien sind starr und unflexibel. Ihnen ist grenzenloser Hunger nach Wasser inhärent.

Demgegenüber zeigt Vandana Shiva in ihrem Buch *Der Kampf ums blaue Gold* (2003): Ein Netzwerk lokal verwalteter Mikroprojekte kann mittels dezentraler Sickerbrunnen, kleiner Auffangbecken und Dämme den Fruchtanbau an die von Jahr zu Jahr schwankenden Wassermengen adaptieren. Der Rückgriff auf traditionelle Wasserspeichersysteme und trockenresistente Fruchtarten in Kombination mit neuen Materialien hat Teile der Wüste Rajasthan erblühen lassen.

Die an demokratische Aushandlung gebundene Bewirtschaftung gemeinsamer Ressourcen kann (z. B. in Indien) den sozialen und ökologischen Belangen viel komplexer Rechnung tragen als die großtechnischen Eingriffe weiträumiger Bewässerungstechniken.

Der entwicklungspolitische Diskurs zur Lösung der Weltwasserkrise besonders in urbanen Gebieten ist in aller Regel fixiert auf eine in Europa vor mehr als 100 Jahren entstandene Technologie, nämlich die Kombination der zentralen Fernwasserleitung mit der Schwemmkanalisation. Die Frischwassermengen für diese Systeme sind immens hoch, die Aufreinigung der Abwässer - die Schwemmkanalisation ist mobiles Transportband für Abfälle unterschiedlichster Art -, ist energie- und kostenaufwendig. Statt im Abwasser enthaltene Nährstoffe am Ort ihres Entstehens abzufangen und zu verwerten, werden sie am Ende (end-of-pipe) sehr energiereich zu wertlosem Klärschlamm gebunden und in der Regel als Sondermüll verbrannt.

Der Schlüssel zur Änderung dieser Systeme liegt im Verzicht auf die raumübergreifenden aufwendigen Ver- und Entsorgungsnetze, z. B. durch Installation dezentral vernetzter Wasserkreisläufe. Durch die Abwasser-Wiederverwendung könnten beispielsweise Grundwasser angereichert und als Reservoir für Trink- und Bewässerungswasser genutzt werden. Dies bedarf aber ausgereifter technischer Maßnahmen: flexible, dezentrale Wassertechniken, die sich streng unterscheiden von unseren derzeitigen Systemen mit integrierter Wasser- und Düngerverschwendung.

An diesen dezentralen, flexibleren Lösungen wird in Europa nur vereinzelt in wenigen Arbeitsgruppen (Schweiz, Deutschland, Niederlande) gearbeitet. Solche nachhaltigen Systeme weiterzuentwickeln, sie endlich vom Label "Pilotprojekt" zu befreien und robuster zu gestalten, wird aber auch für Deutschland und den Norden

KAMPF UMS BLAUE GOLD

insgesamt immer wichtiger. Denn die bisherigen Systeme sind für die Mega-Citys nicht bezahlbar (in 2030 wohnt jeder zweite Erdenbürger in einer solchen städtischen Agglomeration) und benötigen Wasser, das nicht vorhanden ist.

Der Ansatz zur Lösung der Weltwasserkrise liegt insofern auch im Norden: Denn nur, was hier Schule macht, findet auch international Anerkennung. Dort, wo grundsätzliche Erneuerungen für Wasserinfrastrukturen anstehen, und auch in Neubaugebieten sollten diese dezentralen, flexibleren und kostengünstigeren Lösungen Anwendung finden. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft sieht in diesem Kontext neu aufbrechende Anforderungen an die Grundlagenforschung: "Beispielsweise gibt es Prognosen für die Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland, die davon ausgehen, dass hier - trotz Zuwanderung - im Jahr 2030 rund 15 Millionen Menschen weniger leben werden. Kaum bekannt sind dagegen Untersuchungen dazu, wie sich die Potenziale der dann eventuell entstehenden ‚Verdünnungsräume‘ unter anderem in Hinblick auf die Wechselbeziehung von Mensch, Wasser und Landschaften verändern und welche gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Konsequenzen daraus erwachsen."

In so genannten Schwundregionen wie dem Ruhrgebiet oder im Osten Deutschlands ist heute schon ein Umbau der Infrastrukturen nötig. Die Maßnahmen gewinnen an Aufmerksamkeit, weil sie in diesen Regionen nur schwer zu bezahlen sind. Diese ersten Signale der Notwendigkeit eines Übergangs zu neuen Wasserver- und -entsorgungssystemen werden aber nicht wahrgenommen. Vielmehr wird der Ruf laut (so Leist und Magoulas in der FR vom 27. 3. 02): "Wasser sparen in Deutschland - Unsinn!" Durch mehr Wasserverbrauch, so der Vorschlag von kurzfristiger Reichweite, sollen die Techno-Muster des 19. Jahrhunderts am Laufen, d. h. rentabel gehalten werden, dabei sind diese Systeme starr und unflexibel. Sie können sich nicht an sich verändernde Umwelten anpassen. Eine strukturelle Änderung dieser Systeme wird noch viel Lehrgeld kosten.

Mit der Erfahrung der Historizität unserer gegenwärtigen Systeme müssten wir uns vielmehr auf Veränderungen einstellen: "Wasserknappheit und Wasserreichtum sind nicht naturgegeben, sondern das Ergebnis kulturell bestimmter Umgangsweise mit Wasser. Kulturen, die Wasser verschwenden oder das zarte Geflecht des Wasserkreislaufs zerstören, schaffen Knappheit auch unter Bedingungen des Überflusses. Wer jedoch mit dem Tropfen haushaltet, kann Knappheit in Überfluss wandeln." (Shiva 2003).

Wassermangel entsteht also auch durch Missmanagement. Da die verfügbaren Wassermengen nicht beeinflusst werden können, sondern lediglich technisch umge-

KAMPF UMS BLAUE GOLD

leitet oder bevorratet, kommt es gegenwärtig auf die intensivierete Nutzung des vorhandenen Wassers an.

KAMPF UMS BLAUE GOLD

MISSMANAGEMENT

Die Wasserproduktivität in der Landwirtschaft muss drastisch angehoben werden (z. B. durch Tröpfchenbewässerung), dezentrale Regenwassernutzung muss installiert werden (Verbesserung des Regenfeldbaus). Die Etablierung differenzierter Wasserkreisläufe mit dezentralen Wassertechnologien müssen zunehmend als flexiblere Alternative zur Anerkennung gebracht werden.

Diese eher komplexen, adaptiven Systeme haben den Nachteil, keine vorzeigbaren Großprojekte zu sein, aber ihnen gehört die Zukunft. Vielleicht kommt dies in Kyoto beim Weltwasserforum "From Vision to Action" zur Sprache.